

Bericht aus Berlin

03. März 2023

Liebe Freundinnen und Freunde,

es war ein trauriger Jahrestag: Am 24. Februar jährte sich der Beginn der russischen Invasion in der Ukraine. Seit diesem 24. Februar 2022 ist nichts mehr, wie es war – nach Jahrzehnten des Friedens herrscht wieder Krieg in Europa. Der brutale Angriffskrieg ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts, der unvorstellbares Leid und Elend für Millionen von Menschen gebracht hat. Vor diesem Hintergrund haben wir als Unionsfraktion die Ankündigung des Kanzlers für eine Zeitenwende in der Außen- und Sicherheitspolitik ausdrücklich begrüßt und unsere Unterstützung zugesagt. Geschehen ist seitdem: wenig. Die Zeitenwende der Ampel-Regierung ist zu einer Zeitlupenwende geworden. Die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr stehen zum Großteil nur auf dem Papier, werden nicht ausgegeben und schmelzen in Zeiten der Inflation dahin. Der eigentliche Verteidigungshaushalt ist im Haushaltsjahr 2023 um fast 300 Millionen Euro gesunken. Der absolut grundlegende Ansatz müsste eine durchgreifende Reform des aus dem Ruder gelaufenen Beschaffungswesens der Bundeswehr sein – doch dazu fehlt der Bundesregierung entweder der Wille oder die Kraft. Statt zu agieren reagiert der Kanzler nur. Gerade in Fragen der Unterstützung der Ukraine mit Rüstungsgütern ist er ein Getriebener der europäischen und transatlantischen Verbündeten. Die angekündigte Nationale Sicherheitsstrategie liegt immer noch nicht vor und droht weiter in den internen Streitigkeiten der Ampel zu versanden. In all diesen Punkten muss die Regierung endlich handeln. Die Union fordert eine grundlegende Instandsetzung der Bundeswehr auf Basis des 2-Prozent-Ziels der Nato. Die Unterstützung der Ukraine darf nicht

länger Spielball des politischen Tagesgeschehens sein. Sie braucht ein verlässliches, stringentes Konzept für Logistik, Ausbildung und Instandsetzung. Schlussendlich muss der Angriffskrieg Russlands aber auch als das eingestuft werden, was er ist: ein Verbrechen. Die Union beantragt daher die Einrichtung eines Sondertribunals am Internationalen Strafgerichtshof, das die in diesem Krieg begangenen Verbrechen untersucht und strafrechtlich verfolgt. Dies mag angesichts des immer noch tobenden Krieges auf den ersten Blick wie ein noch wenig dringliches Projekt für die fernere Zukunft wirken. Die Erfahrungen aus der strafrechtlichen Aufarbeitung der Nazi-Zeit haben uns aber gezeigt, dass eine unabhängige juristische Klärung eklatant wichtig ist, um begangenes Unrecht dauerhaft und verbindlich in den historischen Zusammenhang zu stellen.

Der Zustrom von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine ist bereits eine große Belastungsprobe für die Länder und Kommunen, die vielerorts mit beeindruckendem – auch privatem – Engagement gemeistert wird. Darüber hinaus steigt aber auch die Zahl der Asylgesuche stetig an. Durch die zunehmend prekäre Situation von fast vier Millionen Syrern in der Türkei, aber auch andere internationale Migrationsbewegungen dürfte sich diese Entwicklung weiter beschleunigen. Wenn wir zu unserer humanitären Verpflichtung stehen und nachweislich Asylberechtigten Schutz gewähren wollen, muss es endlich verbindliche Regelungen geben, die dann auch durchgesetzt werden. Mit unserem Antrag „Migrationspolitischen Sonder

Seite 1

Mark Helfrich

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon 030 227 78174

Fax 030 227 70175

mark.helfrich@bundestag.de

www.mark-helfrich.de



Bericht aus Berlin

03. März 2023

weg in Europa sofort beenden“, der in dieser Woche abschließend beraten wird, fordern wir die Regierung auf, endlich zu handeln. Es darf keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland und Europa geben. In Zeiten, in denen die Aufnahmeeinrichtungen vor Ort oft weit über der Belastungsgrenze arbeiten, muss Migrationspolitik endlich Chefsache werden.

Es ist etwas faul im Lande Mecklenburg-Vorpommern. Die unter SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig gegründete „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ war von Anfang an ein dubioses Konstrukt – ins Leben gerufen mit einer 20-Millionen-Euro-Zuwendung von Putins Gazprom. Da die Stiftung nicht gemeinnützig ist, hätte sie die russische Finanzspritze eigentlich ordnungsgemäß versteuern müssen. Dagegen zog die Stiftung allerdings vor Gericht. Die weiteren Entwicklungen im Laufe des Verfahrens erwecken dann fast schon den Eindruck einer Bananen-Republik an der Ostseeküste. Entscheidende Unterlagen waren nicht auffindbar und bleiben verschwunden. Das Eingeständnis einer nicht einmal zuständigen Finanzbeamtin, die zugab, Unterlagen im heimischen Kamin verfeuert zu haben, lässt nun auch das letzte Vertrauen auf rechtsstaatliche Zustände im Lande Mecklenburg-Vorpommern in Rauch aufgehen. In einer aktuellen Stunde im Bundestag geht es um die drängenden Fragen: Wer wusste was? Wer hat angeordnet, wer vertuscht? Gab es eine gezielte politische Einflussnahme für die Gazprom-Stiftung? Die rot-rote Landesregierung unter Manuela Schwesig muss diese Fragen endlich beantworten und für lückenlose Aufklärung dieses beispiellosen Skandals sorgen.

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, stellt Friedrich Merz, MdB, folgende Themen in den Mittelpunkt:

- Ein Jahr Zeitenwende.
- Aktuelle Stunde: Aufklärung der Rolle von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im Rahmen der Vorgänge um die Klimastiftung in Mecklenburg-Vorpommern.

*Dir/Emu
Mark Helfrich*



Friedrich Merz MdB, Vorsitzender

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
am 28. Februar 2023

20. WP/ 28

I. Kernbotschaften der Woche

Ein Jahr Zeitenwende.

In der vergangenen Woche jährte sich der Beginn der russischen Invasion der Ukraine. Das menschliche Leid, das Russland über die Ukraine gebracht hat, ist unermesslich.

Der 24. Februar 2022 markiert einen Epochenbruch. Russland hat mit seinem Angriffskrieg die Grundlagen der internationalen Ordnung infrage gestellt. Hierzu zählen die völkerrechtlichen Prinzipien der territorialen Integrität und politischen Souveränität. Vor diesem Hintergrund haben wir die Ankündigung einer Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik begrüßt und unterstützt. In dieser Sitzungswoche wird es die Gelegenheit geben, Bilanz zu ziehen: Wo steht Deutschland nach einem Jahr Zeitenwende? Die nüchterne Antwort lautet: Sie findet größtenteils nur auf dem Papier statt. Die Zeitenwende ist zur Zeitlupenwende geworden. Der Bundeskanzler verschleppt, verzögert und ver stolpert die Anpassung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands an die neuen geopolitischen Realitäten.

Damit die Zeitenwende gelingt, müssen den Ankündigungen des Bundeskanzlers nun endlich entschlossene Taten folgen. Das Geld muss bei der Bundeswehr ankommen. Das Beschaffungswesen muss reformiert werden. Deutschland muss Führung zeigen, anstatt von seinen Verbündeten getrieben zu werden. Das 2-Prozent-Ziel muss die Untergrenze für eine effektive Landes- und Bündnisverteidigung darstellen.

Aktuelle Stunde: Aufklärung der Rolle von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im Rahmen der Vorgänge um die Klimastiftung in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Januar 2021 gründete die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern unter SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im Eilverfahren die

sogenannte „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“. Diese Stiftung ist nicht gemeinnützig. Sie erhielt vom russischen Staatsunternehmen Gazprom 2021 ein Vermögen in Höhe von 20 Mio. Euro. Im Folgenden gab es eine intensive öffentliche Diskussion darüber, ob die Stiftung anlässlich dieser Zuwendung knapp 10 Mio. Euro Schenkungsteuer zahlen müsse oder nicht. Schlussendlich wurde ein entsprechender Bescheid zwar erlassen, gegen diesen setzt sich die Stiftung aber gerichtlich zur Wehr. Daran schlossen sich weitere erstaunliche Vorgänge an, die darin gipfelten, dass die lange Zeit „verloren gegangene“ Schenkungsteuererklärung der Stiftung von einer nicht zuständigen Finanzbeamtin des Finanzamtes Ribnitz-Damgarten in Panik verbrannt worden sein soll. Die dubiosen Geschehnisse rund um die sogenannte „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ müssen jetzt umgehend und umfassend aufgeklärt werden. Ministerpräsidentin Schwesig muss ihre eigene Rolle in diesem politischen Sumpf offenlegen. Die entscheidenden Fragen sind: Wer wusste wann was? Warum kam es immer wieder zu „Pannen“ bei der Finanzverwaltung, wenn es um diese Stiftung geht? Welche politische Einflussnahme hat es gegeben? Warum wurde der Parlamentarische Untersuchungsausschuss in Schwerin nicht zeitnah informiert? Das SPD-Schweigekartell um diese Gazprom-Stiftung muss endlich durchbrochen werden.

II. Die Woche im Parlament

1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

Konsequente Reaktion des Rechtsstaats auf den russischen Angriffskrieg ermöglichen – Sondertribunal einrichten. Seit den Nürnberger Tribunalen von 1946 ist sich die Völkerrechtswissenschaft einig: Angriffskrieg ist ein Verbrechen. Ein solches Verbrechen der Aggression wird den russischen Machthabern richtigerweise zur Last gelegt. Allerdings hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) nur eingeschränkte Kompetenzen, um dieses Verbrechen zu ahnden. Mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche abschließend beraten, fordern wir deshalb die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals als funktionale Erweiterung des IStGH, damit die russischen Verbrechen der Aggression untersucht und strafrechtlich verfolgt werden können.

In den vergangenen Monaten ist – auch über den Zuzug ukrainischer Kriegsflüchtlinge hinaus – die Zahl der Asylgesuche in Deutschland stark angestiegen und hat seit Herbst letzten Jahres nochmals deutlich zugenommen. Die Länder und Kommunen geraten durch diese Entwicklung enorm unter Druck, die Kapazitäten zur Aufnahme sind vielerorts erschöpft.

Eine weitere Verschärfung der Lage ist angesichts des weiteren Kriegsverlaufs in der Ukraine und der prekärer werdenden Situation von fast vier Millionen Syrern in der Türkei nicht auszuschließen. Mit unserem Antrag **Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden**, den wir in dieser Woche abschließend im Plenum beraten, fordern wir: Es darf keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland und Europa geben. Die dramatische Migrationslage muss in der Bundesregierung endlich Chefsache werden. Wir dürfen keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland setzen. Wir stehen zu unseren humanitären Verpflichtungen – aber die Aufnahmekapazitäten müssen den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen.

Gesundheit - Forschungsstandort Deutschland stärken – Bessere Rahmenbedingungen für Datennutzung und KI schaffen. Der internationale Wettbewerb um die Technologien der Zukunft ist rasant. Der Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland muss sich stets weiterentwickeln, um international in der Spitze mithalten zu können. Dies gilt auch im Bereich der klinischen Forschung. Gerade im Bereich der Universitätsmedizin gibt es noch ungenutztes Potenzial, das es zu entfesseln gilt. Dafür müssen wir strukturelle Hemmnisse abbauen und dafür Sorge zu tragen, dass Forschungskapazitäten in Deutschland auf- und nicht abgebaut werden. Die zuständige Bundesforschungsministerin lässt aber bisher keinerlei Gestaltungswillen erkennen. Dies gilt auch für den Bereich der Gesundheitsforschung, der im engen Zusammenspiel mit dem BMG (und BMWK) weiterentwickelt werden müsste. Mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche erstmalig beraten, schlagen wir in diese Kerbe. Wir fordern die Bundesregierung auf, strukturelle Hemmnisse abzubauen und insbesondere die Universitätsmedizin stärker in den Fokus zu rücken.

Kollaps der Ziviljustiz verhindern – Wirksame Regelungen zur Bewältigung von Massenverfahren schaffen. Die Belastung der deutschen Ziviljustiz durch Massenverfahren – also durch Verfahren mit gleicher Tatsachengrundlage, aber einer Vielzahl von Klägerinnen und Klägern, wie etwa im Zuge des VW-Abgasskandals – nimmt seit Jahren zu. Es hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das die Funktionsfähigkeit der Justiz ernsthaft gefährdet. Richterinnen und Richter arbeiten teilweise weit über ihrer Belastungsgrenze, nach Rechtsschutz suchende Bürgerinnen und Bürger warten mitunter Jahre auf eine rechtskräftige Entscheidung. Die sich im Bereich von Massenverfahren intensivierende Bindung von Personal hat Auswirkungen auf die gesamte Justiz. Um die Funktionsfähigkeit der Ziviljustiz zu erhalten, besteht dringender gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, im Zivilprozessrecht bei

Verfahren mit gleicher Tatsachengrundlage Erleichterung in der Bewältigung der Klageflut durch die Zivilgerichte zu schaffen.

Caravaning-Tourismus fördern. Reisen mit Wohnmobilen oder Wohnwagen – der sogenannte Caravaning-Tourismus – sind seit Jahren ein beständiger Wachstumsmarkt. Deutsche Caravaning-Reisende entscheiden sich zunehmend für einen Urlaub im eigenen Land. Durch den Caravaning-Tourismus werden in Deutschland ein jährlicher touristischer Umsatz von 14,1 Milliarden Euro erwirtschaftet und über 180.000 Arbeitsplätze gesichert. Deutschland ist auch ein wichtiger Caravaning-Produktionsstandort mit 25.000 hochwertigen Arbeitsplätzen in Entwicklung und Produktion sowie 11.000 weiteren Arbeitsplätzen im Handel mit einem Jahresumsatz von ebenfalls ca. 14 Milliarden Euro. Die Bundesregierung muss gemeinsam mit Ländern, Kommunen und der Caravaning-Industrie eine Strategie zum nachhaltigen Ausbau der Stellplatzinfrastruktur in Deutschland entwickeln. So können wir die regionalwirtschaftlichen Effekte der Caravaning- und Campingwirtschaft in Deutschland stärker fördern. Wir fordern außerdem weniger bürokratische Hürden bei der Genehmigung von Reisemobil-Stellplätzen. Außerdem sollen mit verkehrsrechtlichen Regelungen Ungleichbehandlungen des Caravaning-Tourismus innerhalb der Straßenverkehrsordnung abgebaut werden.

In erster Lesung beraten wir unseren Entwurf für ein **Gesetz zur weiteren Fristverlängerung für den beschleunigten Infrastrukturausbau in der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder.** Mit dem Ganztagsförderungsgesetz vom 2. Oktober 2021 wird ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter ab dem 1. August 2026 stufenweise eingeführt. Der hierfür erforderliche Infrastrukturausbau wird vom Bund mit insgesamt 3,5 Milliarden Euro unterstützt. Bereits aufgrund der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe in einigen Regionen Deutschlands im Juli 2021 und den damit zusammenhängenden Verzögerungen hat sich die Umsetzung der Maßnahmen nach dem Investitionsprogramm erheblich verzögert. Auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde die Laufzeit des Investitionsprogramms deshalb bereits um ein Jahr verlängert. Dennoch konnten in vielen Bundesländern die festgelegten Fristen nicht eingehalten werden. Es besteht nunmehr die Gefahr, dass Kommunen, die im Vertrauen auf den Erhalt der Fördermittel bereits Aufträge erteilt haben, im Falle eines Widerrufs von Förderbescheiden Kosten selbst tragen müssten bzw. Bauvorhaben nicht fertiggestellt werden könnten. Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, die Laufzeit des Investitionsprogramms nochmals um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Abgasnorm Euro-7 mit Augenmaß und Realitätssinn weiterentwickeln – Mobilität fördern, nicht verhindern. Mit unserem Antrag richten wir den öffentlichen Blick auf die anstehenden Verhandlungen in Brüssel zur neuen Abgasnorm Euro-7 für Pkw sowie für leichte und schwere Nutzfahrzeuge. Neben der Verschärfung der Grenzwerte für bestimmte Luftschadstoffe (wie z.B. Stickoxid und Kohlenmonoxid) wird der Anwendungsbereich erweitert und die Teststandbedingungen geändert. Vor dem Hintergrund des bereits beschlossenen Aus‘ der Verbrennungstechnologie ab 2035 und der kontinuierlichen Verbesserung der Luftqualität in deutschen Städten sind diese massiven Verschärfungen mehr als fragwürdig. Des Weiteren können die notwendigen Entwicklungskosten gerade Kleinwagen verteuern, so dass auch Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher zu befürchten sind. Deshalb fordern wir, die bereits erreichten Erfolge bei der Luftreinhaltung stärker zu berücksichtigen und im Sinne der Nachhaltigkeit stärker für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie einzutreten. Ebenso bedarf es flexiblerer Übergangsfristen für die Hersteller, um die Abgasreinigungssysteme entsprechend weiterzuentwickeln.

Bezahlbare und klimafreundliche Mobilität fördern – Klimaneutrale Kraftstoffe im Verkehr nutzen. Damit die Mobilität für alle Menschen in Deutschland bezahlbar bleibt, Arbeitsplätze erhalten und die Klimaschutzziele im Verkehr erreicht werden, müssen von der Bundesregierung – neben der Elektromobilität – alle weiteren zur Verfügung stehenden technischen und regulativen Möglichkeiten für alternative Antriebe und Kraftstoffe genutzt werden. Im Hinblick auf den motorisierten Individualverkehr gehören dazu E-Fuels, Wasserstoff, fortschrittliche Biokraftstoffe und nachhaltig zertifizierte Biokraftstoffe aus Anbaubiomasse. Mit unserem Antrag legen wir 14 konkrete Forderungen an die Bundesregierung vor. Insbesondere fordern wir, zu ermöglichen, dass Kraftstoffe wie biogener Diesel HVO 100 (Hydrotreated Vegetable Oil) und E-Diesel auf paraffinischer Basis in Reinform in Deutschland getankt werden können und sich eindeutig zur Technologieoffenheit im gesamten Verkehrsbereich zu bekennen.

In unserem Antrag **Deutsche Strategie zum Umgang mit Russlands wachsendem Einfluss in Afrika** stellen wir fest: Russlands Einfluss in Afrika hat in den letzten Jahren signifikant zugenommen. Durch „Guerilla Geopolitics“ schafft Russland, mit wenig Einsatz hohe politische und wirtschaftliche Erträge zu erzielen. So schafft es der Kreml, eine direkte Einmischung zu verleugnen und Sanktionen zu umgehen. Diese Entwicklung ist ein Problem für deutsche und europäische Interessen vor Ort. Bisher hat die Bundesregierung es nicht geschafft, eine klare und umfassende strategische Antwort auf dieses Dilemma auf unserem Nachbarkontinent zu geben. Das tun wir mit unserem Antrag, der eine Vielzahl von konkreten Punkten aufzeigt, wie

wir dem russischen Engagement besser begegnen und in der EU eine Führungsrolle in dieser Frage einnehmen können.

2. Sonstige Tagesordnungspunkte

In abschließender zweiter und dritter Lesung befassen wir uns mit dem von der Bundesregierung vorgelegten **Gesetz zur Umsetzung von Artikel 8 Absatz 1 bis 7 der Richtlinie (EU) 2019/904 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt**. Ziel des Gesetzes ist es, die Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt, insbesondere die Meeresumwelt, und die menschliche Gesundheit zu vermindern und den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft zu fördern. Die Richtlinie gibt zahlreiche Maßnahmen vor, um den Verbrauch von bestimmten Einwegkunststoffprodukten zu reduzieren. Darüber hinaus sieht die Richtlinie für weitere Einwegkunststoffartikel Kennzeichnungsvorschriften auf der Verpackung oder auf dem Produkt selbst vor. Wir sehen Teile des Umsetzungsgesetzes kritisch, weil es in der Umsetzung sehr bürokratisch ist und weitere Belastungen für Verbraucher vorsieht.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS). Die Bundesregierung bittet den Deutschen Bundestag um Zustimmung, dass Deutschland sich weiterhin an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS, United Nations Mission in the Republic of South Sudan) beteiligt. Das gegenwärtige Bundestagsmandat endet am 31. März 2023. Es soll bis zum 31. März 2024 verlängert werden. Die Mandatsobergrenze soll unverändert bei 50 Soldaten belassen werden. Das Mandat umfasst die Bereiche Schutz von Zivilpersonen, Schaffung förderlicher Bedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe, Beobachtungs- und Untersuchungstätigkeit auf dem Gebiet der Menschenrechte und die Unterstützung der Durchführung des Friedensabkommens und des Friedensprozesses. Die erfolgreiche Umsetzung dieses (Schutz-)Mandats durch UNMISS bleibt für die Stabilisierung Südsudans und seine leidgeprüfte Zivilbevölkerung unverzichtbar.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer. Das Mittelmeer bleibt eines der am stärksten befahrenen Seegebiete der Welt. Etwa ein Drittel aller über See verschifften Güter und ein Viertel aller Öltransporte weltweit werden durch das Mittelmeer geleitet. Gleichzeitig wird die Sicherheit des Mittelmeeres sowohl von den anhaltenden Krisen in Nord- und Westafrika als auch von der regionalen Instabilität im

Nahen Osten negativ beeinflusst. Deshalb stimmen wir in dieser Woche über die von der Bundesregierung vorgeschlagene Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN (MSO SG) im Mittelmeer bis 31. März 2024. Sea Guardian leistet einen aktiven und wichtigen Beitrag zur Sicherung der Südflanke der NATO, an dem sich Deutschland weiterhin beteiligen sollte. Die personelle Mandatsobergrenze der einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten bleibt bei 550. Der Auftrag, einen Beitrag zur Seeraumüberwachung, zum Lagebildaustausch, zum maritimen Kampf gegen den Terrorismus und zur Beschränkung des Waffenschmuggels zu leisten, bleibt unverändert. Die Einsatzregeln von Sea Guardian sehen dabei zur Terrorismusabwehr im Extremfall auch weiterhin robuste Maßnahmen vor.

III. Wichtige Termine und Ausblick

1. Inland:

- 27. Februar – 2. März: Frühjahrsvollversammlung der deutschen Bischofskonferenz,
- 28. Februar: Wehrbeauftragte stellt Jahresbericht 2022 vor,
- 28. Februar: BK Scholz besucht das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr in Berlin,
- 28. Februar: Jahres-PK des Bundesfinanzhofs,
- 1. März: Statistisches Bundesamt gibt Inflationsrate für Februar 2023 bekannt,
- 1. März: PK der Bundesbank zum Geschäftsbericht 2022,
- 1. März: KAS-Veranstaltung zur "Deutschen Sicherheitspolitik 2023" mit Rede FV,
- 1. März: Sitzung des Untersuchungsausschusses „cum-ex“ der HH-Bürgerschaft,
- 3. März: 50. Jahrestag Washingtoner Artenschutzübereinkommen (CITES),
- 5. März: OB-Wahl in Frankfurt/M. (Stichwahl 26. März).

2. Außen/EU:

- 27./28. Februar: Informeller Rat Telekommunikation, Verkehr, Energie (Energiesicherheitsdesign, Versorgungssicherheit, Transformation Verkehrsbereich),
- 27. Februar – 4. März: UN-Menschenrechtsrat in Genf,
- 1./2. März: G20-Außenministertreffen in Indien,
- 1. – 4. März: CPAC-Konferenz in Washington D.C.,
- 1. März: EU-KOM: Paket zur Verkehrssicherheit,
- 1. März: BK Scholz empfängt den lettischen Ministerpräsidenten Krišjānis Kariņš,

- 2. März: Wettbewerbsfähigkeitsrat (Fernabsatz von Finanzdienstleistungen, Datenerhebung kurzfristige Vermietung von Unterkünften, langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität),
- 2. März: BK Scholz empfängt den armenischen Premierminister Nikol Pashinjan,
- 2./3. März: Bundeskanzler Scholz besucht die USA,
- 5. März: Auftakt der Jahrestagung des chinesischen Volkskongresses mit Bildung einer neuen Regierung.